



Die 8. Vertreterversammlung der ISOR e.V. stellte die Aufgaben für die nächsten Jahre

Lothar Schlüter, Mitglied des Vorstandes

Bereits vor der Konstituierung der Vertreterversammlung am 15. Juni war eine freudige und entspannte Atmosphäre bei den Delegierten und Gästen zu spüren. Die gelockerten Regelungen zur Corona-Infektionsschutzverordnung haben diese Stimmungslage positiv beeinflusst. Die Konstituierung erfolgte durch Joachim Bonatz im Auftrag des Vorstandes. Von den Gästen überbrachte Hans Bauer ein Grußwort des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden.

Unser Vorsitzender Horst Patron sprach in seinem Referat über die Aktivitäten von ISOR in den vergangenen fünf Jahren. Er nannte den Alterungsprozess als ein besonderes Erschwernis bei der Organisation des Zusammenlebens innerhalb des Vereins. Trotz einer gewissen Stagnation beim Kampf um Rentengerechtigkeit und der Beseitigung des Rentenstrafrechtes, betonte der Vorsitzende den Willen, dass ISOR weiterhin als Kernaufgabe den Kampf gegen das Rentenstrafrecht sieht und eine Ausweitung in den politischen Bereich unter Einbeziehung weiterer ostdeutscher Betroffenenverbände anstrebt. Ganz in diesem Sinne stehen die Festlegungen aus der Entschließung, welche von den Delegierten einstimmig angenommen wurde.

In der Diskussion übermittelte Dietmar Polster in seinem Beitrag einen Überblick, wie der aktuelle Stand am „Runden Tisch“ in Leipzig ist und mit welchen Aktivitäten die Arbeit in diesem Gremium fortgesetzt werden soll. Den Delegierten lag dazu ein Appell des Runden Tisches an die deutsche Bundesregierung und die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer vor mit der Forderung: „Verhindern Sie die biologische Lösung bei den DDR-Berufs- und Personengruppen! Setzen Sie sich für die Schaffung des Gerechtigkeitsfonds für diese Gruppen ein!“.

Wir veröffentlichten diesen Appell in der vorigen Ausgabe von **ISOR aktuell**.

Im Referat wie auch in der Diskussion wurde das Thema Auflösung von ISOR als Verein angesprochen. Einstimmig wurde zum Ausdruck gebracht, dass dies keine aktuell notwendige Aufgabenstellung ist.

Hervorgehoben wurde auch die Notwendigkeit, im Kampf um die Erhaltung des Friedens stärker als bisher in Erscheinung zu treten. Eine klare Positionierung des Vereins zum Russland-Ukraine Konflikt wurde von Diskussionsrednern gefordert.

Mit der Annahme der Entschließung wurde für den neugewählten Vorstand ein Arbeitspapier vorgelegt, das in der politischen Orientierung auf mehrere Schwerpunkte verweist. Die Entschließung ist ebenfalls in der Juli-Ausgabe von **ISOR aktuell** zu finden.

Wünschen wir dem neugewählten Vorstand und der neuen Revisionskommission einen guten Start in die neue Legislaturperiode und Erfolg bei der Umsetzung der beschlossenen Aufgaben.

*

**Grußwort von Hans Bauer,
Vorsitzender der GRH, im Namen des OKV**

Liebe Mitglieder von ISOR, liebe Genossinnen und Genossen,

ich überbringe Euch herzliche Grüße vom OKV und speziell auch meiner Organisation, der GRH. Vor allem möchte ich dem Vorstand und den Tausenden von ISOR-Mitgliedern Dank aussprechen für die große solidarische Haltung und Leistung. ISORs Einsatz und Aktivitäten sind in diesem Land eine wichtige Stimme für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Für Erinnerung an die friedliche DDR. Seit Jahrzehnten steht ISOR mit an der Spitze jener Kräfte, die die Interessen der DDR-Bürger nach der Annexion im Kampf um gerechte Altersversorgung vertreten. Dieses Ziel hat ISOR mit viel Sachkunde, Klugheit und Konsequenz verfolgt. Ich denke da an die Klagen und Beschwerden bis zum BVerfG, an die Anrufung internationaler Institutionen, an Petitionen, an bedeutsame Publikationen. Und an eine geschickte Bündnispolitik, in die auch bürgerlich-demokratische Kräfte eingebunden sind.

Manches wurde erreicht, die volle Gerechtigkeit nicht. Das ist aber kein Mangel von ISOR, es ist die Bösartigkeit und Feindschaft dieses Systems, das auf diese Weise mit den wichtigsten

Spendenauftrag

Die nächste Hilfsaktion vor Ort und ein humanitärer Transport in die Donbass-Republiken findet vom 15.09.-15.10.2022 statt. Wir garantieren, dass jeder Cent zu 100% ankommen wird. Bitte helft mit, damit wir helfen können.



Spenden via Überweisung:

Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V.
Volksbank Berlin IBAN:
DE56100900002582793002
BIC: BEVODEBB
Nach Materialien des OKV

ten Verteidigern der sozialistischen DDR abrechnet. Statt den vielen beteiligten Gruppen von Rentnern ihre berechtigte Rente zu zahlen, statt die zunehmende Armut in Deutschland zu bekämpfen, werden 100 Milliarden Euro für Aufrüstung ausgegeben. Für die Ukraine bisher 350 Millionen Euro Rüstungsgüter für die Kriegsverlängerung bewilligt. Was für eine faule parasitäre Gesellschaft mit ihren westlichen Unwerten, ihren Kriegen, ihren sogenannten bunten Revolutionen und ihrer Feindschaft gegen Staaten, die ihren Profitinteressen im Wege stehen, wie Russland und China

Liebe Freunde,

Ja, ISOR ist eine soziale Organisation. Sie war, ist und bleibt aber in erster Linie eine Organisation des Friedens nach innen und außen, also zutiefst politisch. Dafür steht allein die DDR-Erfahrung der meisten ihrer Mitglieder. Und ich bin sicher, dass ISOR sich auch in Zukunft zu allen wichtigen Fragen dieser Gesellschaft klar und eindeutig positionieren wird. Wichtig für die Wirksamkeit von ISOR wird bleiben, dass es solidarisch zusammen hält. Dabei ist an gute Erfahrungen anzuknüpfen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen weiter zu verstärken. Das sind vor allem gemeinsame öffentliche Aktivitäten, wie Veranstaltungen und Publikationen. In diesem Sinne betrachte ich auch die gemeinsame AG Betreuung/Solidarität von ISOR und GRH.

Liebe Freunde und Genossen, dieses starke und erfahrene Kollektiv ISOR wird auch künftig gebraucht, um gemeinsam im OKV und mit den vielen weiteren Partnern für eine andere friedliche und gerechte Welt zu streiten. Dafür wünsche ich Euch Gesundheit, kluge Ideen und Tatkräft. Und uns gemeinsam wünsche ich Erfolg.

Hans Bauer



Aus unseren TIG

TIG Berlin Marzahn

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, seit 2014 dauern die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine an. Mit einer beispiellosen Hetz- und Sanktionskampagne wollen die USA, NATO und EU ihre jeweilige Bevölkerung auf „Kriegskurs“ bringen. Das geht einher mit massivem Sozial- und Demokratieabbau. Da reihen sich auch Inflation, Teuerung und „leere Regale“ ein.

DA MACHEN WIR NICHT MIT!

Die bundesweite Demonstration für Frieden und Abrüstung hat gezeigt, dass es möglich ist, im Bündnis mit Friedensbewegten sichtbare Zeichen für Abrüstung und gegen Sozialabbau zu setzen.

Zu den zahlreichen Unterstützern und Organisationen dieses Protestes gegen die 100 Mrd. Kriegskredite, gehörte auch unsere Organisation. Unter dem Motto: „Wir zahlen nicht für Eure Kriege, 100 Mrd. für eine zivile und soziale Zeitenwende statt Aufrüstung“, versammelten sich ca. 4000 Kriegs- und Aufrüstungsgegner.

Zahlreiche Veranstaltungen, wie ISOR-Almarmarktreffen, Gedenken an den 17.7.1942, Treffen im Gamengrund, UZ-Pressefest, Wanderausstellung PdR in Berlin, Veranstaltungen in Schwedt, Frankfurt (Oder) ordnen sich hier ein.

Die verschiedenen Friedensinitiativen bereiten bundesweite Demonstrationen vor und koordinieren diese zum Teil. Beispiel: www.zivileZeitenwende.de (am 1.10.2022 in Berlin).

Am 5./6. August findet eine Veranstaltung an der Friedensglocke in Berlin Friedrichshain statt, siehe auch www.weltfriedenglocke-berlin.de.

Am 1. September findet eine Veranstaltung zum Weltfriedenstag auf dem Berliner Bebelplatz statt. Am 3. Oktober erfolgt, organisiert durch das OKV, eine Buchbesprechung im Haus der Russischen Wissenschaft und Kultur mit dem Autor Ulrich Heyden durch Arnold Schözel zu dem Buch „Der längste Krieg in Europa seit 1945“. Dazu gibt es ein Kulturprogramm. Am 7. Oktober widmet sich die Alternative Einheitsfeier des OKV unter dem Thema „Arbeit, Brot und Völkerfrieden das ist unsere Welt“ ebenfalls genau diesem Thema.

Wir rufen Euch alle auf:

Nehmt an diesen friedenspolitischen Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen teil bzw. mobilisiert und aktiviert Mitstreiter für diese Veranstaltungen.

Gemeinsam sind wir stark und beteiligen wir uns an einem deutlichen NEIN zu Kriegshetze, Aufrüstung und Sozialabbau.

Mitgliederversammlung der TIG Suhl/ Meiningen/Illmenau

Am 9.Juli 2022 fand nach langer Coronapause eine Mitgliederversammlung unserer TIG zur Auswertung der 8. Vertreterversammlung statt, an der 62 Mitglieder teilnahmen.

Unser Vorsitzender begrüßte als Gäste unseren Geschäftsführer Wolfgang Schmidt, den Landesbeauftragten Thüringens Hartmut Schuchardt sowie Vertreter benachbarter TIG.

Im einleitenden Standpunkt des Vorstandes der TIG betonte Wolfgang Tanner, dass die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine uns in der Haltung zu Russland zwiespältige Gefühle aufdränge. Putin sei nicht mehr der Tscheistik und Kampfgefährte von 1989 und das Russland von heute nicht mehr die brüderlich verbundene UdSSR.

Für uns bleiben aber die Heldenataten der Roten Armee bei der Befreiung vom Faschismus unvergessen und der hohe Blutzoll von 27 Millionen Toten, den die Sowjetunion bei der Niederschlagung des Faschismus zahlen musste.

Die Nichtannahme des Änderungsantrages von Sahra Wagenknecht an den Parteitag der Linken sei eine verpasste Chance, Hintergründe des Ukrainekrieges zu benennen.

Dieser werde auch gravierende Auswirkungen auf das Leben in Deutschland haben und in erster Linie die sozial Schwachen, zu denen die meisten von uns wegen der Strafrente gehören, hart treffen. Zahlreiche Mitglieder unserer TIG versuchen mit Zuverdienst zur Strafrente über die Runden zu kommen, sie müssen schon die „Rente mit 70“ praktizieren.

Die Boykottmaßnahmen der EU gegen Russland werden zu sozialem Unfrieden und Protesten führen. Wir sollten hierbei das Feld nicht der AfD überlassen, sondern versuchen, mit den anderen linken Kräften ein Aktionsbündnis zu bilden.

Für unsere TIG wird es zukünftig darauf ankommen, noch solidarischer die älteren Mitglieder zu unterstützen und die Betreuung unserer Veteranen in Pflegeheimen zu intensivieren.

Wolfgang Schmidt wertete die 8. Vertreterversammlung in Berlin aus.

Der Vorstand von ISOR werde auch in Zukunft alle neuen Möglichkeiten für unseren Kampf nutzen und sich mit unseren Forderungen an die neugewählte Diskriminierungsbeauftragte der Bundesregierung wenden.

Das Fakultativprotokoll der UNO gebe Hoffnung auf einen nochmals zu beschreitenden Rechtsweg. Unsere Zeitung **ISOR aktuell** ist ein wichtiges Instrument bei der Information unserer Mitglieder.

Er stellte Anja Mewes als neue Geschäftsführerin vor. Die Losung „Wir zahlen nicht für eure Kriege“ könnte das Motto der zukünftigen Protestbewegung sein.

Unsere Hauptkassiererin Margarete Hörold gab einen Überblick über den Mitgliederstand und die Finanzen unserer TIG. Sie dankte den Mitgliedern der Kassenprüfung und den Kassierern für ihre engagierte und zuverlässige Arbeit.

Helmut Bickel berichtete über seine jahrzehntelange Arbeit als Betreuer und Kassierer. Er zeigte neue bewährte Wege der Betreuung und Information auf und betonte, dass in Zukunft die gegenseitige Ersetzbarkeit in den Gruppen an Bedeutung gewinnt.

Hartmut Schuchardt war als Vertreter von ISOR Gast beim Parteitag der Linken in Erfurt und schilderte seine Eindrücke.

Die Linken hätten sich vorgenommen, mehr Politik für die Menschen zu machen.

Er unterstrich noch einmal die Erkenntnis aus der Vertreterversammlung, dass ISOR erhalten werden muss, denn das sei auch das Vermächtnis der Verstorbenen und der Mehrheitswillen der Mitglieder.

Durch das Vorstandsmitglied Wolfgang Schmidt wurden fünf verdienstvolle Betreuer und die Vorsitzende der Revisionskommission mit der Ehrenurkunde unseres Vereins ausgezeichnet.

In dem Sinne: „Alt macht nicht die Zahl der Jahre, alt machen nicht die grauen Haare, alt ist wer den Mut verliert und sich für nichts mehr interessiert“ werden wir unseren Kampf weiter fortsetzen.

Eine der wesentlichen Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung ist, unser Kampf war nicht umsonst und ISOR e.V. kann, soll, und muss als Organisation erhalten bleiben.

Wie die Geschichte lehrt, wer das Schwert aus der Hand legt, dem wird die Narrenkappe aufgesetzt.

Wolfgang Tanner

*

Solidarität mit den Menschen im Donbass

In der Februarausgabe der **ISOR aktuell** hatten wir von unseren erfolgreichen Solidaritätsaktionen des Jahres 2021 berichtet. Auch in diesem Jahr war es uns wichtig, an die Ergebnisse unseres solidarischen Wirkens anzuknüpfen. Waren es 2021 noch spontan organisierte Spenden für die Hilfe und Unterstützung der notleidenden Bevölkerung des Donbass, führten wir im 1. Halbjahr dieses Jahres eine organisierte Spendenaktion für das Aktionsbündnis „ZukunftDonBass“ e.V. durch, an der sich die Mehrzahl unserer Mitglieder beteiligt hat.

Unsere Mitglieder waren aufgerufen, freiwillig und unter Beachtung ihrer persönlichen Lebensumstände zu spenden. Durch die fleißige Unterstützung unserer Betreuer und Funktionäre, besonders durch eine Vielzahl von persönlichen Gesprächen mit unseren Mitgliedern gelang es, eine hohe Spendenbeteiligung zu erreichen. Dabei waren zwei Aspekte der Entwicklung der politischen und militärischen Lage in den Volksrepubliken Luhansk und Donezk für unsere Spendenaktion von hohem Einfluss. Erstens unsere Solidarität mit den Menschen in ihrem seit 2014 andauernden Kampf um Frieden und Selbstbestimmung sowie für ihre persönliche Freiheit und ihr Leben weiter zu unterstützen und zweitens entgegen des öffentlichen Meinungsbildes nach Beginn der militärischen Sonderaktion Russlands in der Ukraine in unserer Solidarität mit der Bevölkerung in dieser Region nicht nachzulassen.

Unsere Mitglieder spendeten 1.082,60 Euro. Wir glauben, dass diese solidarische Haltung in einer Zeit alarmierender Preisentwicklungen besonders für Energie und Lebensmittel und damit einher gehender einschneidender Veränderungen ihrer Lebenssituation nicht selbstverständlich ist. Für ihre solidarische Haltung gebührt unseren Mitgliedern der Dank des Vorstandes der TIG.

Diesen Betrag haben wir bereits auf das Spendenkonto des Aktionsbündnisses überwiesen. Inzwischen ist die Spende auch im Aktionsbündnis angekommen und durch die stellvertretende Vorsitzende Iwana Steinigk wurde uns der Dank für diese unmittelbare Hilfe ausgesprochen. In einer E-Mail schrieb Iwana an uns: „Ich möchte Ihnen mitteilen, dass Ihre Spende angekommen ist. Herzlichen und riesigen Dank dafür. Wir werden jetzt im Juli zwei LKW beladen und nach Lugansk schicken.“

Wir glauben, dass unsere TIG einen würdigen Beitrag für gelebte, aktive Solidarität geleistet hat, und sind uns sicher, dass unsere Mitglieder auch weiterhin Solidaritätsaktionen tatkräftig unterstützen werden.

**Gerald Böhm,
Vorsitzender der TIG Leipzig**

*

Aus der Arbeit des Vorstandes

Am 27. Juli fand in der Geschäftsstelle von ISOR der offizielle Wechsel in der Geschäftsführung statt. Diese hat Anja Mewes übernommen.

Wolfgang Schmidt führt nun die Funktion des Schriftführers aus.

*

Zwischenruf

...ade! Scheiden tut weh.

Aber dein Scheiden macht, dass mir das Herze lacht...

Dem Kenner deutschen Wort- und vielleicht auch Liedschatzes wird dieses Volkslied bestimmt nicht unbekannt sein.

Wie kein anderer Diplomat wusste er auch aus dem Reichtum deutscher Idioms und Redewendungen zu schöpfen, wenn es z. B. galt, Spitzenpolitiker der Bundesregierung zu beleidigen und zu diffamieren, denn Herr Andreas Müller (ukr.: Andrij Melnyk) ward in Kennerkreisen als Regierender Botschafter apostrophiert. Bei der Interpretation jüngster deutsch-ukrainisch-russischer-sowjetischer Geschichte gelangen ihm schockierende Äußerungen, die er durch öffentliche Ehrungen ukrainischer Kollaborateure mit dem faschistischen Deutschland eindeutig unterstrich und sich damit bis zur Kenntlichkeit offenbarte.

...ade! Scheiden tut weh.

Gerne vergess ich dein, kannst immer ferne sein. ...

Der Gesang verstummt, aber wer soll nun Deutschland mit diplomatischem Hammerschlag regieren?

w.k.

Aus der Postmappe

Gedanken mit großer Sorge

Es scheint, die Welt steht Kopf und auf mich machen unsere Regierungsvertreter den Eindruck als sei dieser Kopfstand der Normalzustand.

Mir ist schon bewusst, dass man seine Regierung möglichst nicht kritisieren sollte. Zudem gerät man viel zu schnell in den Verdacht, Verschwörungstheoretiker oder Putinfreund zu sein.

Prof. Dr. Harald Lesch sprach kürzlich über Klimakatastrophen. Er erinnerte daran, dass in unserer Welt alles miteinander verzahnt ist. Wenn sich nun in dieser Verzahnung ein Teil ändert, hat es immer auch Einfluss auf die Gesamtstruktur. Wie sich das in Natur und Umwelt bemerkbar macht, können wir fast täglich erleben und wir wissen auch, dass es hier keine Kompromisse gibt.

Die Ursachen, die unsere Welt auf dem Kopf stellen, sind aber kompromissfähig, denn sie sind von Staatenlenkern verursacht, denen ihre Kompromissfähigkeit abhandengekommen ist.

Ich erfahre, dass unser politisches Handeln auf einer repräsentativen Demokratie basiert.

Art. 20 (2) GG schreibt fest, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Auch Kurt Tucholsky sagte diesen Satz und spöttelt weiter: „Doch man hat nie gehört, dass sie jemals dahin zurückgekehrt ist.“

Was aber, wenn es gar kein Spott mehr ist?

Gäbe es wirklich ein so dummes Volk, das sich ohne Not seiner Existenzgrundlagen beraubt, auch wenn es durch einen viel stärkeren fremden Staat dominiert wird? Wen repräsentieren die deutschen Repräsentanten wirklich? Es kann doch nicht Volkes Wille sein, sich selbst in Armut zu stürzen. Welcher vernünftige Mensch sägt an dem Ast auf dem er sitzt? Ein rohstoffarmes Land wie unseres ist nun mal abhängig von Staaten, die ihnen die erforderlichen Rohstoffe in der benötigten Menge und Qualität liefern können.

Russland war immer so ein zuverlässiger Handelspartner und wir mussten noch nicht einmal Weltmarktpreise zahlen. Nun wird uns erklärt, dass Russland wie vorhergesagt, Gas und Öl als Waffe zu Schwächung Europas oder einfach gesagt des Westens einsetzt.

Aber waren es nicht deutsche Politgrößen wie von der Leyen, Kramp-Karrenbauer, Baeck und Habeck die die Notwendigkeit erkannten, Russland von der Position der Stärke zu begegnen und dieses Land wirtschaftlich zu vernichten, indem wir unsere Öl- und Gas-

importe aus diesem Land stoppen? Ist es nicht eine hysterische westliche Russophobie, die die Politik auf die wahnwitzige Idee brachte, Sanktionen gegen Russland verhängen zu müssen, die unsere Wirtschaft deutlich stärker schwächt als die russische? Wenn wir Russland von der Position der Stärke gegenüberstehen wollen, sollten doch kluge Entscheidungen getroffen werden, die unsere wirtschaftliche Situation sprunghaft stärkt als zu schwächen.

Es bereitet mir Sorge, wenn ich sehe, wann immer unser Bundeskanzler mit Fragen zu diesem Thema konfrontiert wird, dem gleichen Ritual verfällt. Es sind die „Tot-schlagargumente“ Rechtsradikalismus, Verschwörungstheorie und jeder Kritiker ist ein Russlandfreund. Russlands Krieg in der Ukraine ist ganz bestimmt nichts, was sich ein vernünftiger Mensch wünschen würde. Dieser Krieg ist aber auch nicht geeignet, alle politischen Fehler zu vertuschen. Sich so der Beantwortung unliebsamer Fragen zu entziehen, ist nicht gerade vertrauensbildend. Da hilft auch das Gerede von einer Zeitenwende nicht.

Man sollte schon noch in Erinnerung behalten, was vor dieser Zeitenwende geschehen ist.

August Bebel sagte es schon, „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“

Jürgen Barz, Wismar

*

Musikdirektor Günter Krause (Orchester des MfS) beleuchtet einige Beispiele taktlosen Umgangs mit Rentenzahlungen an seine verstorbene Ehefrau, sich selbst und schreibt u.a.: Meine vor 16 Jahren verstorbene Ehefrau hatte für sich Vorsorge getroffen und für eine spätere kleine Zusatzrente, sprich VBL-Betriebsrente, eingezahlt. Leider konnte sie diese für sich nicht in Anspruch nehmen. Mir als Hinterbliebenen wurden davon mit fast 28 Euro, nun ein gewisser Anteil monatlich überwiesen.

In welche „Höhe“ sie sich im Verlaufe der Jahre entwickelt hat, kann man nun dem letzten Bescheid entnehmen, nämlich 33 Euro.

Nun hatte ein ganz besonderer Mathe-Experte eine „Überzahlung“ in Höhe von 1.102.017 Euro errechnet. Ein für Rentenfragen kompetenter Ombudsmann bat mich, doch einmal nachzurechnen, wann denn dem-nach die erste Zahlung hätte stattgefunden haben müssen, um solch eine Summe Monat für Monat anzusammeln und kam auf mehr als 3.279 Jahre.

Auch von der Deutschen Rentenversicherung Bund verlangte man von mir eine Rückzahlung von über 11.000 Euro. Nach vielen

Querelen befreite mich das Sozialgericht von diesem Übel.

Die größte Diskriminierung besteht aber in der Strafrente. Dirigenten und Musiker erhalten seit Jahren 400 bis 600 Euro weniger im Vergleich zu Musikern des MdL und der NVA als Strafrente, obwohl es im deutschen Rentenrecht keine Strafrente gibt. Nichts rechtfertigt solch ein dauerhaftes Vorgehen. Dadurch statut sich Monat für Monat sehr viel an. Mein Verlust an Rente beläuft sich inzwischen auf mehr als 178.000 Euro und wächst weiter. „Denk ich wie Heine an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um viel, viel mehr gebracht!“

*

Ich möchte als regelmäßiger Leser Eures anspruchsvollen Infoblattes eine neue Lesermeinung einbringen und mich vor allen für die regelmäßige Zustellung bedanken. Ich freue mich und staune darüber, dass sicherlich bei Eurer eingeschränkten Druckkapazität, trotzdem solche interessanten Beiträge veröffentlicht werden. Es tut mir nur leid, jedesmal so viele ehemalige Kämpfer zur Kenntnis zu nehmen, die verstorben sind, und nicht mehr daran teilnehmen

können, aber gleichzeitig ist sicher, die noch Lebenden führen es weiter und lassen sich nicht verbiegen. Alles Gute

Siegfried Tietz, Altenberg

*

„Antifaschismus – Lebensinhalt“

Ich bin stolz darauf, dass der Antifaschismus in meinem Leben und im meinem Leben in der DDR zu meinem Lebensinhalt wurde. Er war nicht verordnet oder befohlen.

Die Grundlage für den Antifaschismus war in erster Linie der antifaschistische Kampf vieler aufrechter Kämpfer, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und anderer vor und während der Zeit des Faschismus in Deutschland, aber auch anderen Ländern. Um diesen Antifaschismus nach 1945 weiterzuführen und zu entwickeln, bedurfte es auch administrativer Grundlagen. Galt es doch den faschistischen Herrschaftsapparat, die faschistische Propaganda und ihre Strukturen und die Kriegswirtschaft zu zerschlagen. Diese administrativen, auch gesetzlichen Maßnahmen können aber nicht als verordnet oder auch befohlener Antifaschismus bezeichnet werden. Die Meinung von Dr. Klaus Emmerich (ISAK 7/2022) kann ich in keiner Weise teilen. Solche unbegründeten Behauptungen diskreditieren die DDR, ihren antifaschistischen Kampf und die Menschen in der

DDR. Gerade diese Maßnahmen (Befehle und Weisungen der SMAD) waren die Grundlage, dass sich der Antifaschismus in der DDR im Gegensatz zur BRD völlig frei, ohne jeglichen Zwang entfalten konnte und die Menschen in der DDR sich zum Lebensinhalt machen.

Wenn zum Beispiel antifaschistische Briefmarken in der DDR herausgegeben wurden, war dies kein verordneter Antifaschismus, sondern Ausdruck des Lebensinhalts der Menschen. Die Bürger der DDR freuten sich, wenn Straßen, Plätze, Betriebe, Brigaden und andere nach Antifaschisten, die ihr Leben für diesen Antifaschismus gegeben hatten, benannt wurden. Auch dies war ein Ausdruck des Lebensinhalts und des Lebensgefühls des Antifaschismus.

Dies sind nicht nur meine eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse, sondern der Menschen in der DDR.

Die Lösung „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ gilt auch heute noch und muss unser Lebensinhalt sein.

**Thomas Caden,
TIG Barnim**

*

Beigefügten Standpunkt eines Nicht-Mitgliedes unserer Initiativgemeinschaft möchte ich zur eventuellen Veröffentlichung übermitteln. Vorausschicken möchte ich, dass ich nicht dessen Autor bin, aber von der Autorin des Aufsatzes (Frau Beate Wesenberg-Schlosser) die ausdrückliche Freigabe zur Weiterleitung und Veröffentlichung erhalten habe.

Bei der Gelegenheit möchte ich noch, nicht weil es sich so gehört, sondern weil es mir schon lange ein Bedürfnis ist und nur ein konkreter Anlass fehlte, herzlich für das hohe Niveau und die damit unmittelbar verbundene große Leistung des Redaktionskollektivs von **UNSERER ISOR aktuell** herzlich danken. Vor einigen Jahren habe ich selbst redaktionell an der Herausgabe eines kleinen Blättchens gearbeitet und kann die mühevolle Kleinarbeit, die sich dahinter verbirgt, in etwa einschätzen. Über so viele Jahre eine so hohe inhaltliche Qualität zu liefern ist aller Ehren wert! Ich bin überzeugt, dass der immer noch große Mitgliederbestand von ISOR sich u.a. damit erklären lässt, dass Ihr mit klaren Standpunkten und guten Argumenten ein hohes Maß an Information und Aufklärung transportiert. Das ist bei der heutigen Medienlage für Menschen in fortgeschrittenen Jahren ein ganz wichtiger Auftrag. Dem werdet Ihr voll gerecht, macht weiter so!

Mit solidarischen Grüßen Aribert Schilling

*

Nie wieder Krieg ohne Deutschland!

Ja, bitte keine Aufregung, ich weiß, richtig sagte man „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“.

Schock! Trifft jetzt zu: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ oder greifen Gedächtnislücken Raum? Heilt Zeit wirklich ALLE Wunden?

Schlimmer wäre allerdings, würde die Gefahr eines Krieges - vielleicht sogar eines Weltkrieges - unterschätzt, gar heruntergespielt?

Das müssen wir doch merken! Seit langem schon wird die deutsche Bevölkerung, und ganz sicher nicht nur diese, auf Krieg vorbereitet. Angst und Verunsicherung, Panik und Sorge, geschürt durch die Pandemie sind ein gutes Fundament, auf das nun aufgebaut wird. Mit der Art der Berichterstattung im Blätterwald, in Radio, TV sowie im Internet, bei Facebook, Twitter u. ä. abstrusen Gehilfen, mit der überaus geschickt manipulierenden Wahl von Wörtern, die teilweise aus nationalsozialistischen Quellen sprudeln; empfohlen - sei „LTI“ (Victor Klemperer: „Lingua Tertii Imperii“ Die Sprache des Dritten Reiches.- Anm. d. Red., - mit der Auswahl der Bilder, mit permanenter Wiederholung, u.v.m. werden wir überflutet, sollen abgestumpft und gleichgültig werden.

Jahrzehnte zuvor trafen die Vereinten Nationen diese Aussage; damals unter dem Eindruck des barbarischsten Krieges der Menschheitsgeschichte, in dessen Folge 60 Millionen Menschen ums Leben kamen. Mehr als Zweidrittel waren Sowjetbürger, von denen fünf Millionen Soldaten und Offiziere der „Roten Armee“, z.T. in Konzentrationslagern verhungerten, gefoltert und ermordet wurden.

Was interessiert uns Herrenmenschen das „Genfer Abkommen“? Auch für uns galt kein Völkerrecht. Sehen wir aktuelle Parallelen zu den USA und anderen NATO-Staaten?

Noch nie mordeten Menschen eines kriegführenden Landes industriell und verwerteten das mitgeführte Eigentum deportierter Menschen so restlos, wie Deutschland im „Zweiten Weltkrieg“.

Eine Wiederholung oder Potenzierung dieses Grauens dürfen Menschen niemals mehr zulassen!

Glauben wir doch nicht, dass ein „Dritter Weltkrieg“ an Deutschland vorbeigeht; dieses Land - im Zentrum Europas - wird Mittelpunkt sein.

Wie, ich übertreibe? Haben wir den Krieg der NATO gegenüber Jugoslawien, unter Beteiligung des wieder großen und erstarkenden Deutschlands, schon vergessen? Zählen alle Kriege auf dieser Erde, in und an denen Deutschland - in welcher Weise auch immer - beteiligt war oder ist, nicht?

Die Vereinten Nationen beschlossen „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“ (Kap. VII der UN-Charta). In 13 Artikeln regelten sie Verfahrensweisen bei wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Staaten durch die internationale Gemeinschaft. Da heißt es z.B. in Art. 39, der Sicherheitsrat der UN leitet bei einer möglichen Bedrohung des Weltfriedens Maßnahmen ein.

Art. 40 räumt dem Sicherheitsrat das Recht ein, beteiligte Parteien zu Handlungen aufzufordern und bei Nichtbeachtung erweiterte Maßnahmen zu treffen. Art. 41 regelt gewaltlose Maßnahmen, zu denen aufgefordert werden kann.

Oh, Papier ist geduldig! Oder lasen wir von der Umsetzung dieser Artikel der UN-Charta etwas im Zusammenhang mit der militärischen Aktion in der Ukraine? Diesbezüglich sind - mindestens seit 2014 - Maßnahmen, primär gegen die Ukraine sowie gegen deren permanent nach Waffen schreienden, sich in Vorwürfen sowie politisch jede Etikette sprengenden Anmaßungen ergehenden Präsidenten, längst überfällig; aber auch gegen die USA und die NATO-Staaten.

Die BRD nahm die Artikel der UN-Charta inhaltlich im Art. 26 GG auf. Dort heißt es, Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.

Abs. 2 bestimmt sogar, zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.

Wieder so ein geduldiges Papier und dazu gerissene Köpfe, die im Interesse des eigenen Profits, im Verbund mit Regierungskreisen der BRD, Umschiffungen austüfteln, um Waffen und Kriegsgerät zu verkaufen.

Diese positiven, dem Erhalt des Weltfriedens dienenden Regelungen verglichen mit der aktuellen Situation, provoziert nicht nur kritische Gedanken, sondern auch die Frage, vergaßen die Mitgliedstaaten der UN die Schrecken des „Zweiten Weltkriegs“? Wie viele dieser Länder traten lange schon der NATO bei, sind damit Vasallen der USA und diesen hörig!

Und wie leicht, in welcher Häufigkeit die Medien inzwischen das Wort „Krieg“ verwenden, wie vielen Menschen es leicht über die Lippen geht ...

Ich frage, ist wirklich nur wenigen Menschen bewusst, dass sich ein „Dritter Weltkrieg“ wieder nicht gegen die richtet, die ihn wollen und schüren, die daran viele Milliarden verdienen und diese Verbrecher an der Menschheit nicht vernichten wird, weil die bereits vorsorgten, sich in Bunker, unter der Erde oder weit ab vom Geschehen, verkriechen werden!

Wieder sind es der „kleine Mann“ und manipulierte Söldner, die ihr Leben geben werden, für eine Idee, die nicht ihre ist und gegen ein friedliches und respektvolles miteinander aller Völker, aller Religionen, aller Hautfarben. Geopfert werden einmal mehr ihre Kinder ihre Eltern und Großeltern, ihre Freunde, und alles, was ihnen lieb und teuer ist - IHR LEBEN, UNSER FRIEDEN!

Dieses Deutschland, von dessen Boden nie wieder Krieg ausgehen sollte, ist, als Mitglied der NATO, an zu vielen Kriegen auf der Erde beteiligt; direkt mit Soldaten oder durch finanzielle und militärische Unterstützung in Milliardenhöhe. Kontingente der Bundeswehr misch(t) en in Syrien, Libyen, Afghanistan, Mali, im Jemen, in der Ukraine und anderen Ländern mit.

Ist ihnen eigentlich bewusst, Ihre Steuergelder werden für Leid und Elend anderer Menschen hingegeben! Geld, das hier dringend in das Bildungs- und Gesundheitswesen, in Altenpflege, Kinderbetreuung, Justiz und Infrastruktur investiert werden müsste - zu unser aller Wohl und Nutzen.

Es gab schon eine Zeit, da wurde im Reichstag über Kriegskredite abgestimmt, und nur einer, Karl Liebknecht, stimmte dagegen. Wovor haben wir Angst, es ihm gleichzutun?

Haben die Deutschen wirklich nichts gelernt? Oder haben es vergessen, ausgeblendet? Tragen wir noch immer Großmannssucht und Herrenmenschendünkel in uns, keimt gar nationalsozialistischer Samen?

Zu viele Menschen in diesem Land stimmen der Unterstützung der Ukrainer in jeder Hinsicht zu. Sie sammeln, spenden, transportieren ... Sehen sie die Gefahr der militärischen Ausdehnung nicht? Wissen sie nicht, das ist ein Stellvertreterkrieg, den USA und NATO gegen Russland führen? Wissen sie nicht, der Präsident der Ukraine ist eine Marionette der USA? Ist ihnen nicht bekannt, dass dieser seine Bevölkerung bereits auf dem Maidan verheizte und sie jetzt bis auf den letzten Mann, die letzte Frau, das letzte Kind verheizen wird - im Interesse der USA? Erkennen sie nicht das Interesse der USA an der Verhinde-

rung eines wirtschaftlichen Bündnisses zwischen BRD und Russland, an einer möglichen ökonomischen Überlegenheit gegenüber den USA und, daraus resultierend eine Gefahr für die eigene Wirtschaft, ihren Hegemonieanspruch?

Warum tragen wir den seit Jahren geschrüten „Russenhass“ mit? Welche Erfahrungen haben wir persönlich mit Menschen aus der Sowjetunion oder Russland, die einen solchen Hass begründen? Sind wir wirklich davon überzeugt, dass ein Land, welches noch immer in der Tradition des „Großen Vaterländischen Krieges“ steht, die Gefallenen ehrt, an Frieden und Zusammenarbeit mit allen Völkern interessiert ist (vgl. Putins Rede 2001 vor dem Bundestag) Krieg will? Schauen wir im Internet, wieviel Kriege und Regime-Change die USA (ohne oder mit NATO) seit dem Ende des „Zweiten Weltkriegs“ führte und wieviel die Sowjetunion/Russland.

Wissen wir nicht, dass der Feind - menschenfeindlicher denn je - im eigenen Land steht? Es ist das Kapital, welches die Macht hat, das im Interesse seiner Mehrung auf Menschenleben scheißt.

Wir alle werden die Verlierer, werden nicht nur um ein friedliches Leben betrogen sein, sondern es wird uns genommen werden.

Fragen wir uns nicht, warum (bereits seit der Pandemie) Stimmen, die andere Meinungen verkünden, zum Schweigen gebracht werden? Auch das ist nicht neu in Deutschland. Fragen uns nicht, weshalb bspw. RT.de oder SNA im Internet gesperrt sind? Weil sie etwas anderes berichten, als hier - zur Erzeugung oder Vertiefung des Hasses gegen die Russen - berichtet werden darf und in unsere Köpfe gehämmert wird.

In den vergangenen zwei Jahren wurden Meinungen, wissenschaftliche Forschungsergebnisse etc. verboten, deren Urheber diskreditiert, teilweise verurteilt; Wissenschaftler, die noch kurze Zeit zuvor führende Positionen bekleideten, international anerkannte Kapazitäten waren. Selbst auf die Gefahr, als Verschwörungs-, oder rechtsradikal klassifiziert

zu werden, irgendwas muß dem Trinkwasser beigefügt sein, anders lässt sich die zunehmende Mutation großer Teile der Bevölkerung zu Schafen nicht erklären; Nichtwissen, Ignoranz breiten sich wie eine Epidemie aus.

Berührt es uns nicht, wenn andere Völker in Not und Elend gestürzt werden, ihrer Rohstoffe und Territorien beraubt werden (sollen), wenn Kinder für ihren Wohlstand in Bergwerken, unter unmenschlichen Bedingungen, arbeiten?

Oder stört es uns nicht, weil das alles weit weg ist und auf diese Weise unsere Bedürfnisse befriedigt werden?

DAS KOMMT NÄHER - mit jedem Kriegsgerät, mit jeder Milliarde, mit jedem Soldaten und Offizier, die in der Ukraine und in anderen Ländern, in denen Deutschland am Krieg beteiligt sind.

Von deutschem Boden ...

Obwohl sich die BRD im „2+4-Vertrag“ (12.09.1990) dazu verpflichtete, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen“ und „Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seinem Grundgesetz und der Charta der Vereinten Nationen“, beteiligte sie sich 1999 am Luftkrieg gegen die BR Jugoslawien, nachdem der Öffentlichkeit das Märchen von der sog. humanitären Katastrophe im Kosovo und dem berühmt-berüchtigten „Hufeisenplan“ aufgetischt wurde, dann erneut 2001 an der Invasion Afghanistans, die ohne Mandat durch den Sicherheitsrat der UN erfolgte, und unterstützte 2003 das völkerrechtliche Verbrechen der USA und ihrer Vasallen gegen den Irak.

„Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.“ („Über ein vermeintes Recht aus Menschenliebe zu lügen“, Aufsatz von Immanuel Kant, 1797).

Die Autorin ist Rechtsanwältin in Berlin.

(Redaktionell bearbeitet.)

*

Nachrichten der „Friedensbrücke“

Die Kiewer Regierung scheint humanitäre Hilfe für ein Verbrechen der Russen zu halten.

Gestern wurde die Stadt Altschewsk von den ukrainischen Truppen mit HIMARS-Raketen beschossen. Heute Vormittag barg die Polizei die Toten. Unter den Trümmern ihres Lagers für humanitäre Hilfe verstarben der Vorsitzende der Hilfsorganisation „Nahrung fürs Leben. Donbass“, Kirill Gubarew, und der ehrenamtliche Helfer Maxim Werowski.

Inzwischen hat sich das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik, Leonid Passetschnik, zum Tod der Helfer geäußert: „Die Jungs gingen in die gefährlichsten Gegenden der Republik. Sie lieferten warme Mahlzeiten an die Notleidenden und Hungrigen, an einsame Alte und Behinderte. Ich drücke den Familien und Freunden der gefallenen Ehrenamtlichen mein ehrliches Beileid aus.“ Bei dem Angriff wurde außerdem ein Bürger der Stadt verletzt sowie zwei Busse, mehrere Wohngebäude und ein Krankenhaus beschädigt. Es ist nicht das erste

Mal, dass ukrainischer Beschuss gezielt auf ein Lager mit humanitärer Hilfe erfolgt.

Erst vor kurzem war ein Lager der deutschen Hilfsorganisation „Friedensbrücke–Kriegsopferhilfe e.V.“ von ukrainischer Artillerie getroffen worden. Dazu hier der Bericht:

Ähnlich wie beim Angriff gegen die Hilfsorganisation „Essen des Lebens. Donbass“ in Altschewsk gab es vor wenigen Tagen auch einen gezielten Artillerie-Beschuss gegen das Büro der Jugend-Hilfsorganisation „Junge Garde“ in Schachtjors bei Donezk, bei dem sechs junge freiwillige Helfer getötet und zehn schwer verletzt wurden.

Die Kiewer Regierung führt einen gezielten blutigen Krieg gegen humanitäre Hilfsorganisationen, die mit ihrem Fleiß & Einsatz verhindern, dass Menschen hungern und es zu einer humanitären Katastrophe kommt.

*

Auch das noch

Eine „show-rige“ Gelehrsamkeit zeigte Ende Juni ein führendes Mitglied der Linkspartei. Bei Markus Lanz sprach er das Wort „Faschismus“

aus, so wie es in linken Kreisen definiert und verstanden wird und wie es bestimmt auch in den 80-er Jahren an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau gelehrt wurde, die Dietmar Bartsch damals besuchte.

Der Faschismus-Begriff als klare Ansage gegen die Nazi-Erfundung „Nationalsozialismus“ zeigt die reaktionärste Form der Unterdrückung jeder progressiven Bewegung, von der gerade auch Deutschland geprägt war, während die Faschisten ihre Wortschöpfung einer diabolischen Verschleierung der Wirklichkeit dienlich machten: Weder im nationalen Interesse und schon gar nicht im sozialistischen Verständnis, jedoch zur Vernebelung ihrer Gewaltherrschaft überzogen sie die Gesellschaft mit ihrer Demagogie.

Zu eben diesem Zweck übernahmen es die heutigen „Historiker“. Und einer von dieser Sorte „belehrte“ Dietmar Bartsch, dass es gefälligst „Nationalsozialismus“ zu heißen habe.

Der solcherart Instruierte entschuldigte sich auch noch wortreich in der Lanzen-Runde und überließ dem/n Geschichtsrevisionisten das Feld.

Wie tief hohe Genossen sinken können.

w.k.

*

Gegen den Aufrüstungskurs

Demo am 2.Juli, Berlin



Die Aufrüstung löst keine Probleme. Im Gegenteil: sie verschärft soziale Ungleichheit und internationale Spannungen. Die Militarisierung der Gesellschaft und des Denkens führt zu nichts als zu kultureller Verrohung. Die Aufrüstungspolitik ist hoch gefährlich.

Die Milliarden, die in den vergangenen Jahren für Rüstung ausgegeben wurden,

haben den Krieg in der Ukraine nicht verhindern können und auch all die anderen Kriege dieser Welt nicht. Es ist erst der Beginn von deutschlandweiten Demos gegen diese wahnsinnigen Politverbrecher.

Angst ist die Triebfeder des Krieges
(G.B. Shaw)

Fundsache

Wer von den Teilnehmern an der **Vertreterversammlung** eine braune **Wildlederjacke** vermisst, wende sich bitte an die Geschäftsstelle.

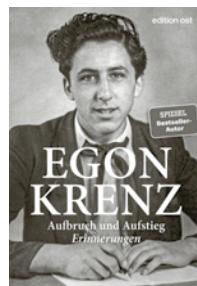
Lesenswert

Egon Krenz: Aufbruch und Aufstieg Erinnerungen

Edition Ost Berlin 2022, 320 Seiten, 24,-€,
ISBN 978-3-360-02805-1

Dieses Buch macht neugierig, hat es sofort auf die Bestsellerlisten geschafft und wurde in der „jungen Welt“, dem „Neuen Deutschland“ und der „Berliner Zeitung“ ausführlich gewürdigt, u. a. im Zusammenhang mit einer Buchvor-

stellung im Münzenbergsaal des ND am 7.Juli 2022. Es ist ein ehrliches, der Wahrheit verpflichtetes Buch, in dem Egon Krenz sein Engagement für die DDR überzeugend erklärt und mit Insider-Informationen unterlegt. Es handelt sich um den ersten Teil seiner Memoiren, ein zweiter Teil soll Ende 2023 folgen. **W.S.**



Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 27.07.2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.08.2022

Einstellung im Internet: 05.09.2022

Auslieferung: 14.09.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes

Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck

Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Auskünfte zu Rechtsfragen:

Nach tel. Vereinbarung Dienstag bis Donnerstag
8 bis 15 Uhr | (030 29784 316)